

# @SCHLIEREN

PUBLIKATION DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI SCHLIEREN

Februar 2024

ABSTIMMUNGEN VOM  
3. März 2024

- **Eidgenossenschaft**
  - Initiative für eine 13. AHV-Rente  
Unsere Empfehlung: **JA**
  - Renteninitiative  
Unsere Empfehlung: **NEIN**
- **Kanton Zürich**
  - Änderung der Kantonsverfassung: Voraussetzungen für die Wahl an die obersten kantonalen Gerichte  
Unsere Empfehlung: **JA**
  - Volksinitiative zur Durchsetzung von Recht und Ordnung («Anti-Chaoten-Initiative»)  
▶ siehe Seite 3  
Unsere Empfehlung: **NEIN**
  - Gegenvorschlag des Kantonsrates  
Unsere Empfehlung: **NEIN**
  - Stichfrage (falls beide Vorschläge angenommen werden)  
 **Gegenvorschlag**
  - Volksinitiative «Für öffentliche Uferwege mit ökologischer Aufwertung» (Seeufer-Initiative)  
▶ siehe Seite 2  
Unsere Empfehlung: **JA**
- **Pistenverlängerungen Flughafen Zürich**  
▶ siehe Seite 3  
Unsere Empfehlung: **NEIN**
- **Stadt Schlieren**
  - Projektierungskredit über 41,4 Mio Franken für die Planungen der Limeco  
Unsere Empfehlung: **NEIN**

www.spschlieren.ch



Wir sichern die Kaufkraft der Senioren mit der 13. AHV-Rente.

Foto: Shutterstock

Für anständige Renten

## Ja zur 13. AHV, Nein zur Renteninitiative

Mieten und Krankenkassenprämien explodieren, die Preise für Lebensmittel und die Energiekosten steigen: Die Renten vieler Schweizerinnen und Schweizer reichen immer weniger weit. Bis Ende 2024 frisst ihnen die Teuerung eine ganze Monatsrente weg. Mit der 13. AHV-Rente, über die wir am 3. März abstimmen, können wir diesen Kaufkraftverlust schnell und effizient ausgleichen. Gleichzeitig braucht es ein klares Nein an der Urne zum von den Jungfreisinnigen geforderten Rentenalter 67.

Wer ein Leben lang gearbeitet und in die Altersvorsorge einbezahlt hat, verdient eine anständige Rente. Hier setzt die Initiative für eine 13. AHV-Rente an: Um den Kaufkraftverlust auszugleichen, soll allen aktuellen und künftigen Rentner:innen eine zusätzliche AHV-Rente ausbezahlt werden. Auch Bezüger:innen von Ergänzungsleistungen sollen profitieren.

Besonders betroffen von höheren Preisen sind Menschen mit tiefen Renten, darunter überdurchschnittlich viele Frauen – ihnen bringt eine 13. AHV-Rente am meisten, denn nur in der AHV sind alle versichert. Und nur in der AHV wird die unbezahlte Betreuungs-

arbeit anerkannt, die hauptsächlich von Frauen geleistet wird: ein Kind grosszuziehen, erhöht die AHV-Rente.

### Die Pensionskassenrenten sinken

Bei den Pensionskassenrenten geht es seit über zehn Jahren nur noch abwärts: Die Pensionskassen wurden eingeführt, damit man im Rentenalter zusammen mit der AHV den gewohnten Lebensstandard halten kann. Doch heute ist die mittlere Pensionskassenrente pro Monat CHF 300 tiefer als vor 15 Jahren – obwohl die Schweiz reicher geworden ist. Das entspricht einem realen Verlust von CHF 3600 pro Jahr. Gleichzeitig ist

die zweite Säule ein höchst lukratives Geschäft für Banken und Versicherungen, die jährlich Milliardenbeträge von den Versicherten in ihre eigenen Taschen fließen lassen.

### AHV steht finanziell gut da und kommt allen zugute

Die AHV schreibt derweil – anders in den bürgerlichen Angstszenerien – weiter schwarze Zahlen. Die 13. AHV-Rente kostet bei der Einführung rund CHF 3,7 Milliarden. Diese Mehrkosten kann die AHV tragen: Für 2026 rechnet der Bund mit Überschüssen in etwa gleicher Höhe. Braucht es in Zukunft zusätzliche Mittel, reicht ein zusätzlicher Lohnbeitrag von 0,4 Prozent. Eine so günstige Rentenerhöhung gibt es für Arbeitnehmende nur über die AHV.

Ein weiterer zentraler Punkt: Die AHV kommt allen in der Schweiz zugute. 92 Prozent der Arbeitnehmenden erhalten mehr aus der AHV, als sie einzahlen. Ausserdem hat die AHV stabile und tiefe Kosten. Alle Erträge fließen direkt in die Renten, ohne dass Banken, Vermittler oder Aktionäre mitverdienen.



Autorin: **Mattea Meyer**,  
Co-Präsidentin SP Schweiz

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

**Nein zu Rentenalter 67**

Am 3. März stimmen wir zusätzlich über die Renten-Initiative der Jungfreisinnigen ab. Diese wollen das Rentenalter in einem ersten Schritt auf 66 Jahre erhöhen und es anschliessend an die durchschnittliche Lebenserwartung koppeln. Damit müssten Angestellte mit tiefen und mittleren Einkommen noch länger arbeiten, während sich Top-Verdienende weiterhin früher pensionieren lassen können.

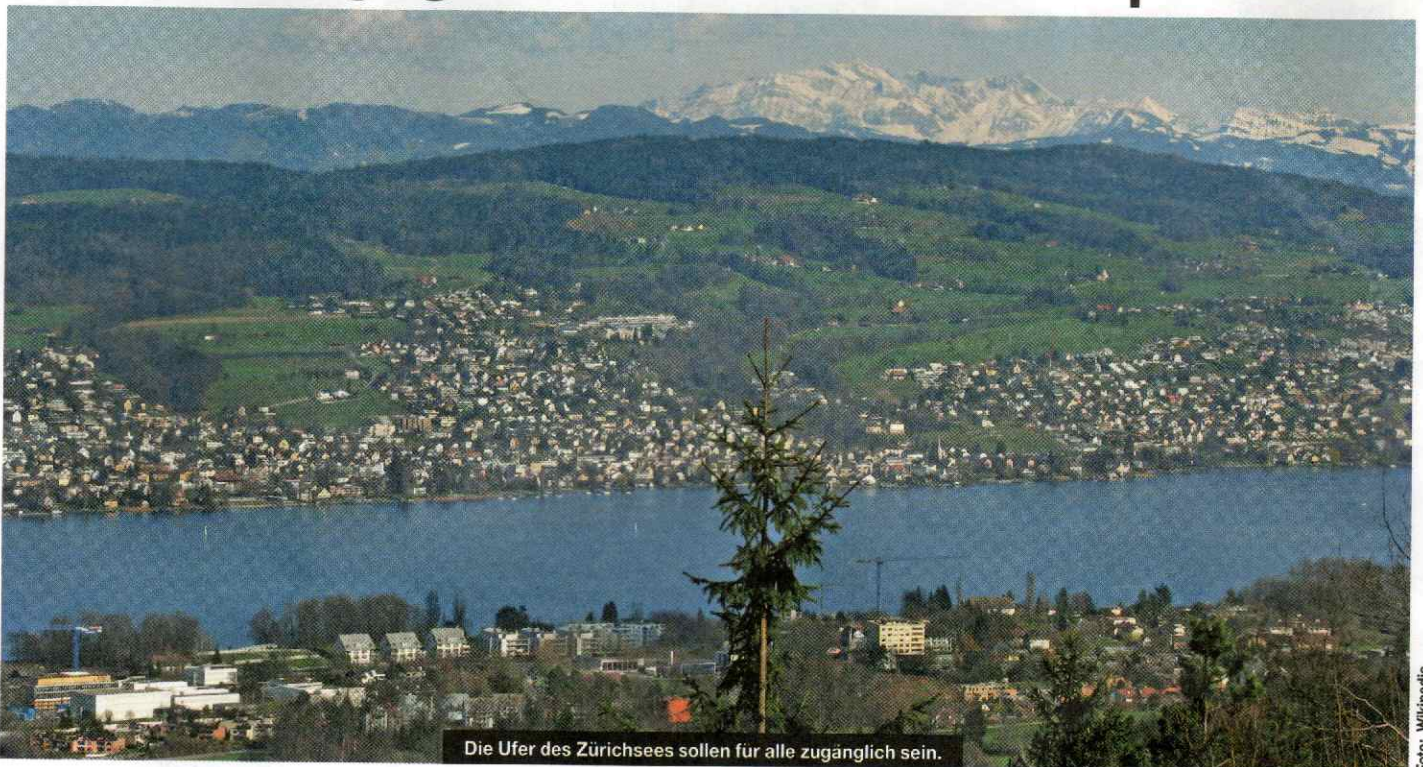


Denn: Wer es sich leisten kann, geht schon heute früher in Rente. Das ist doppelt unge-

recht, denn die Lebenserwartung von Menschen mit tiefen Einkommen ist geringer. Die

Initiative trifft also diejenigen am stärksten, die sowieso schon einen kürzeren Ruhestand haben und eher bei schlechterer Gesundheit sind. Zudem scheiden bereits heute viele Menschen ab 55 Jahren vermehrt aus dem Arbeitsleben aus, weil sie nicht mehr in der Lage sind, zu arbeiten, oder keine Stelle mehr finden. Ein Nein zu dieser Vorlage ist deshalb ebenso angezeigt, wie ein Ja zur 13. AHV.

# Seeuferweg: gemeinschaftlich oder privat?



Die Ufer des Zürichsees sollen für alle zugänglich sein.

**Stellen Sie sich vor, entlang der Limmat würden plötzlich private Häuser und Villen entstehen, deren Grundstücke bis ans Wasser reichen. Der Spaziergang am Limmatuferweg wäre ein Hürdenlauf, ständig unterbrochen von privaten Objekten, die nicht betreten werden dürfen. Es ist selbstverständlich, dass die Limmat und ihr Naherholungsgebiet ein öffentliches Gut sind. Warum also soll dies am Zürichsee anders sein?**

Die malerischen Ufer des Zürichsees sind seit jeher Ruhe- und Erholungsorte für die Bevölkerung. Doch steigende Bevölkerungszahlen und Druck auf begrenzte Flächen werfen die Frage auf: Soll der Zu-

gang zum Seeufer, einem wertvollen Naturgut, Privaten oder der Gemeinschaft gehören? Soll er für alle zugänglich sein oder nur wenigen Privilegierten vorbehalten bleiben? Diese Frage bringt die Ufer-Initiative an die Urne.

**Stadt Zürich macht es vor**

Die Stadt Zürich hat mit ihrem konsequent umgesetzten Fussweg um das Zürcher Seebecken gezeigt, dass öffentliches Interesse und Gemeinschaftsbelange im Vordergrund stehen können. Der Naturschutz wurde dabei nicht vernachlässigt, wie das zum Beispiel der Fall ist bei den englischen Rasen und der fehlenden Biodiversität auf vie-

len privaten Anwesen am See in benachbarten Gemeinden.

**Streitfall Konzessionsland**

Das Recht auf einen öffentlichen Seeuferweg ist im kantonalen Richtplan seit Jahrzehnten verankert. Enteignungen sind kaum nötig, da grosse Teile des Seeufergebiets konzessionsiertes Aufschüttungsland sind. Die Konzessionen sehen vor, dass Land im Falle eines Seeuferwegbaus an den Kanton zurückfällt. Das sehen die privaten Nutzer allerdings nicht so. Aber: Gemeinschaftliche Nutzung muss nicht zwangsläufig Enteignungen oder Entschädigungen bedeuten.

Finanziell ist der Seeuferweg von kantonalen Bedeutung und kann aus dem Strassenfonds finanziert werden. Mit der Uferinitiative entfällt die finanzielle Beteiligung der Gemeinden.

**Ökologische Aufwertung**

Die Öffnung des Seeufers bringt ökologische Vorteile und wertet die Ökobilanz der Gemeinden am Zürichsee auf. Der direkte Zugang zum Seeufer schafft einen Mehrwert für die Bevölkerung und fördert die Gemeinschaft.

Insgesamt stellt sich im Zusammenhang mit dem Seeuferweg die Grundsatzfrage: Sollten Naturgüter, die allen gehören, auch allen zugänglich sein oder nur wenigen Privatpersonen?

Die Ufer-Initiative bietet die Chance, die Weichen für eine nachhaltige und gemeinschaftliche Nutzung unserer natürlichen Ressourcen zu stellen. Deshalb Ja zum Seeuferweg!



Autorin: Kathi Kiwic  
SP-Gemeinderätin Dietikon

Foto: Wikipedia

# Ohne Absicherung keine Pistenverlängerung!



Foto: Keysone

Die längeren Pisten werden für mehr Kapazität, mehr Lärm und mehr Abgase sorgen.

Die Pisten am Flughafen Zürich sollen verlängert werden. Da aber nicht garantiert wird, dass dies tatsächlich nicht zu einer Kapazitätserhöhung führen wird oder dass die späten Abflüge reduziert werden, muss die Pistenverlängerung abgelehnt werden.

Der Flughafen Zürich will die Pisten verlängern. Nicht etwa um die Kapazität zu erhöhen, nein, es gehe nur darum, die Sicherheit zu verbessern und die Verspätungen abzubauen.

Klingt nett. Wieso ist die SP trotzdem gegen eine Pistenverlängerung? Weil in der Vergangenheit auf das Wort des Flughafens wenig Verlass war. Weder er noch der Regierungsrat noch die Kantonsratsmehrheit wollten verbindlich festlegen, dass tatsächlich die Kapazität nicht erhöht werden dürfe und dass die lärmgeplagte Bevölkerung verlässlich von weniger Verspätungen profitieren würde.

## Fliegen erzeugt Lärm und Abgase

Der Flughafen Zürich hat eine grosse wirtschaftliche Bedeutung, aber seine negativen Auswirkungen sind ebenfalls immens. Der Flugverkehr ist eine grosse Lärmquelle mit den entsprechenden gesundheitlichen Folgen. Auch das Limmattal spürt dies. Führen doch

die meisten Starts über das Limmattal. Der Flugverkehr ist einer der Haupttreiber des Klimawandels. Deshalb ist für die SP klar, dass die Flugbewegungen grundsätzlich zurückgehen müssen.

## Kapazitätsausbau ist nur eine Frage der Zeit

Die Befürworter der längeren Pisten behaupten, dass die jetzige Berechnung der Anzahl Slots (Zeitfenster zum Starten oder Landen) mit Pistenverlängerung nicht zu einer Kapazitätserhöhung führe. Klingt gut, ist aber nicht einmal die halbe Wahrheit. Wie die Anzahl Slots berechnet werden, kann sich ändern. Grundsätzlich erhielte der Flughafen Zürich mit der Pistenverlängerung ein effizienteres Pistenystem. Es braucht wenig Fantasie, um eine Berechnungsmethode zu erfinden, die plötzlich mehr Slots erlaubt. Sowohl der Flughafen selbst als auch der Regierungsrat als auch der Kantonsrat hätten verbindlich festschreiben können, dass die Kapazität nicht erhöht werden darf. Im

Kantonsrat wurde der entsprechende Antrag abgelehnt. Wenn es wahr wäre, dass die Kapazität nicht erhöht werden soll, dann hätte man es auch verbindlich festhalten können. Würde es aber nicht. Was heisst, dass mindestens mittelfristig wohl doch ein Kapazitätsausbau geplant ist.



Autorin: Rosmarie Joss  
SP-Kantonsrätin

## «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing»

Der Flughafen Zürich fährt bekanntlich gut mit einer politischen Mehrheit im Kantonsrat. Dass in den letzten Jahren die flughafenfreundlichen Parteien jeweils Hunderttausende von Franken erhalten haben, hat dabei wohl nicht geschadet. Zwar wurde der Fluglärmindex eingeführt, aber nichts zur Fluglärmreduktion unternommen.

## Nachtflugverbot bleibt Theorie

Theoretisch gibt es ab 23 Uhr ein Nachtflugverbot. Nur darf man halt für den Verspätungsabbau doch bis halb zwölf Uhr starten. Eigentlich könnte man das geplante effizientere Pistenystem nutzen, um ein echtes Nachtflugverbot ab 23 Uhr einzuführen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. So ernst kann das Versprechen des Verspätungsabbaus nicht gemeint sein.

Fazit: Aufgrund der Pistenverlängerung kann die Kapazität erhöht werden und frühere Nachtruhe wird es auch nicht geben. Dies ist schlecht für unsere Gesundheit und schlecht fürs Klima. Also Nein zur Pistenverlängerung. ■

## Impressum:

Auflage: 47 000 Exemplare (5 Ausgaben)

Herausgeberin: SP Limmattal, © 2024

Adresse: SP Limmattal, 8953 Dietlikon

Redaktion: Ursula Baumgartner, Leila Drobi, Rosmarie Joss, Kathi Kiwic, Martin Steiner, Rolf Steiner, Samuel Wenk, Marc Wolf-Heidegger

## Kommentar

# Grundrechte sind wertvoll

Rolf Steiner, ehem. Kantonsrat

Mit der so genannten Anti-Chaoten-Initiative möchte die SVP, dass bei Demonstrationen, die zu Ausschreitungen führen, die Organisatoren und Teilnehmende die Kosten des Polizeieinsatzes bezahlen müssen. Dies kann dazu führen, dass das Grundrecht der Meinungsäusserung eingeschränkt wird, weil es sehr teuer werden kann.

Der Kantonsrat sieht ein, dass die Initiative untauglich ist. Er legt einen Gegenvorschlag vor, der zwar etwas moderater ist, der aber diese abschreckende Wirkung ebenfalls enthält. Auch friedlich Demonstrierende können mit hohen Kosten belastet werden.

Seine Meinung zu äussern, auch an Demonstrationen, ist ein wichtiges Grundrecht in unserem demokratischen Rechtsstaat. Niemand freut sich, wenn «Chaoten» Gewalt ausüben und fremdes Eigentum beschädigen oder zerstören. Es tut mir weh, wenn rund um Sportanlässe Fans aufeinander und die Polizei losgehen oder ein Schwarzer Block am ersten Mai sinnlos Zerstörungen anrichtet.

Und doch: Unsere Demokratie muss dies aushalten. Der Staat muss mit polizeilichen Mitteln Personen und Einrichtungen schützen. Wer eine Demo organisiert, ist verpflichtet, alles Mögliche vorzukehren, um Ausschreitungen zu verhindern. Aber die Kosten für den Polizeieinsatz zu zahlen, wenn trotzdem etwas passiert, geht zu weit. Unsere Grundrechte sind wertvoll, wir müssen sie schützen.

Die Initiative und der Gegenvorschlag des Kantonsrates verdienen ein klares Nein. Bei der Stichfrage ist der Gegenvorschlag vorzuziehen, er ist das kleinere Übel. ■

Tiefe Stimmbeteiligung in Schlieren

# Politik der Wenigen?

**Die tiefe Wahl- und Abstimmungsbeteiligung in Schlieren gibt immer wieder Anlass zu Diskussionen. Welches sind die Gründe und gibt es Wege, diese zu ändern?**

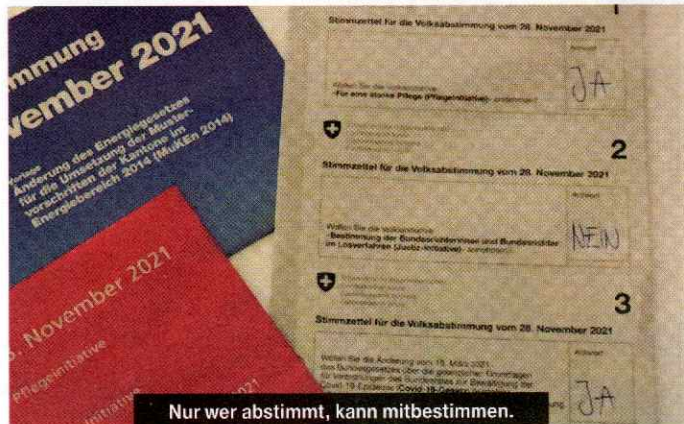
Die Stimm- und Wahlbeteiligung in der Schweiz hat laut dem Bundesamt für Statistik seit hundert Jahren stetig abgenommen. Haben im Jahr 1919 noch über 80 Prozent der Stimmberechtigten an den Wahlen und Abstimmungen teilgenommen, sind es seit den 1970er Jahren schweizweit nur noch 42 bis 49 Prozent. In Schlieren sind es meist sogar nur 20 bis 30 Prozent der Stimmberechtigten.

## Die Gründe sind vielfältig

Die Wahlforschung hat verschiedene Gründe für tiefe Abstimmungs- und Wahlbeteiligungen gefunden. Die grosse Zahl Abstimmungen auf allen Ebenen des Staats schwächen die Bedeutung des einzelnen Urnengangs. Da sie direkt über Sachthemen abstimmen können, sind die Wahlen für viele Menschen weniger wichtig. Ausschlaggebend, um abzustimmen, ist laut Studien die Betroffen-



Autorin: Leila Drobi  
SP-Parlamentarierin



Nur wer abstimmt, kann mitbestimmen.

heit der Menschen. Viele partizipieren deshalb nicht immer. Das Bild der tiefen Beteiligung täuscht deshalb etwas: Nur 20 Prozent der Stimmberechtigten gehen gar nie an die Urne. Je höher Bildungsabschluss und Einkommen sind, desto eher beteiligen sich Menschen an der Politik. Bei jüngeren Menschen, bei Menschen mit Migrationshintergrund und bei eingebürgerten Ausländer:innen hingegen ist die Wahl- und Abstimmungsteilnahme durchschnittlich geringer. Bei kommunalen Abstimmungen und Wahlen scheint die Mobilität (Hin- und Wegzüge, Lebensmit-

telpunkt) der Bevölkerung eine Rolle zu spielen. Je ortsverbundener, desto eher machen die Menschen mit.

## Weniger als die Hälfte stimmberechtigt

Die tiefe Wahl- und Abstimmungsbeteiligung in Schlieren kann auf viele der erwähnten Gründe zurückzuführen sein. Aber selbst eine höhere Beteiligungsrate würde nicht alle Menschen einschliessen. Schlieren mit über 20000 Einwohner:innen hat nur gut 9000 Stimmberechtigte. Ausländer:innen (schweizweit ein Viertel der Wohnbevölkerung) sind vom Stimm- und Wahlrecht ausgeschlossen. Die Aktion Vierviertel hat das Ziel, den Anteil der Stimmberechtigten

mit einer Modernisierung des Bürgerrechts zu erhöhen.

In Schlieren erklärte der Stadtrat, dass er eine breitflächigere Behördenkommunikation über Social Media anstrebe, der Spielraum zur Förderung der Teilhabe aus rechtlichen Gründen jedoch eingeschränkt sei. Für die Einführung eines Jugendparlaments ist der Stadtrat ebenfalls offen.

## Öffentliche Fraktions-sitzungen

Um Politik und die Abläufe dahinter direkt und anschaulich fassbar zu machen, plant die SP Schlieren im Frühling gelegentliche Fraktions-sitzungen auf dem Stadtplatz, denen interessierte Schlieremer:innen beiwohnen können. Wir möchten damit das Interesse für die Politik wecken und hoffen, dass sich die Stimm- und Wahlbeteiligung in den nächsten Jahren positiv entwickelt. Langfristig am erfolgreichsten ist es sicher, wenn wir vor allem bei den Jugendlichen ansetzen. Schlussendlich aber gehört es auch zu einer Demokratie, dass jede Person selbst entscheiden kann, ob sie abstimmen und wählen geht. Eine Möglichkeit, die Beteiligungsrate zu erhöhen, haben wir alle gleich bei den nächsten Abstimmungen am 3. März! ■

# Die Kantonspolizei bremst

**Die Einführung von Tempo 30 ist vielerorts ein wichtiger Schritt zu mehr Sicherheit im Verkehr und zu mehr Wohn- und Lebensqualität. Zudem nützt sie auch dem Umweltschutz. Tempo 30 ist insbesondere bei der Reduktion von Lärm ein sehr effektives Mittel. Übermässiger Lärm macht krank, jedes Dezibel weniger steigert die Gesundheit und das Wohlbefinden (vgl. Sanierung Strassenlärm, BAFU 2019).**

Der Bundesrat hat unlängst beschlossen, dass die Einführung von Tempo 30 erleichtert werden soll. Er gibt also grünes Licht – es soll vorwärts gehen mit der Umsetzung von Tempo 30. Doch viele Projekte wer-



Autor: Samuel Wenk  
Präsident SP Limmattal

den durch die Kantonspolizei ausgebremst. Man denke in der Stadt Zürich etwa an die Rosengartenstrasse oder die Bellerivestrasse. Aber auch in Schlieren wurde ein Vorstoss der SP abgeschmettert. Es bestehe «kein Handlungsbedarf», so die Kantonspolizei. In Birmensdorf, wo eine entsprechende Initiative an der Gemeindeversammlung vor über einem Jahr deutlich angenommen wurde, wartet man noch immer auf eine Antwort des Kantons.

## Weshalb sabotiert die Kapo Tempo 30?

Was die Motivation hinter dieser Sabotagestrategie ist, darüber darf gerätselt werden. Es scheint so, als ob für einen

Teil der Kantonspolizei und des Regierungsrates eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h ein Eingriff in deren Grundrechte darstelle.

## Bevölkerung wünscht Tempo 30

Nicht selten werden verkehrspolitische Anliegen aus der Bevölkerung angestossen, denn oft geht es dabei für die Anwohner:innen um viel. Sie sind es ja letztlich, die unter dem Stau, dem Lärm und der Luftverschmutzung leiden oder Angst haben um ihre Kinder, wenn diese einen gefährlichen Schulweg zurücklegen müssen. Es muss endlich Schluss damit sein, einem wichtigen Volksanliegen auf diesem Weg den Garaus zu machen! ■

**Interessiert?**

Die SP Limmattal interessiert mich. Bitte sendet mir Informationen über die Arbeit der Partei.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Coupon einsenden an:  
SP Limmattal  
8953 Dietikon  
E-Mail: info@sp-limmattal.ch

